

Deutschlands mit einer Status-quo-Politik, mit Päckchen und Besuchsreisen zufriedenzustellen glaubten.

Man konnte es aber wissen – und als Juristen würden wir sagen: man mußte es bei sorgfältiger Prüfung wissen –, daß das zu kurz gegriffen ist, daß man eine längere Sicht im Auge haben muß, und man hätte dann anders vorbereitet in die Vereinigungsprozesse hineingehen können, als man praktisch hineingetreten ist. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Professor Seiffert! – Wir haben jetzt drei Referate zum gleichen Thema unter Berücksichtigung unterschiedlicher Zeitabschnitte gehört. Die Mitglieder der Enquete-Kommission haben jetzt – einschließlich der für die Antworten nötigen Zeit – eine gute halbe Stunde Zeit, Fragen zu dem Gehörten zu stellen. Der erste Fragesteller ist Herr Professor Soell!

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Meine Frage richtet sich an Herrn Seiffert und betrifft insbesondere seine These, wenn der Westen 1961 ein viertes Essential aufgestellt hätte, dann hätte es keine Mauer durch Berlin gegeben.

Meine Frage an Sie: Reicht der Schluß, den Sie aus der Äußerung Chruschtschows gezogen haben, die Sie zitiert haben, aus, um eine solche These zu formulieren, wenn man die Gesamtpolitik Chruschtschows einbezieht – sein riskantes Manöver ein Jahr später in Kuba, bei dem er dann einen Teil zurückgewichen ist, mit dem er aber, was meist verschwiegen wird, natürlich auch Erhebliches bekommen hat?

Erstens: Amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei sind abgebaut worden, die sowjetischen Mittelstreckenraketen alter Art – SS 5, SS 6 – blieben zunächst dort und wurden später sogar durch die SS 20 „modernisiert“. Zweitens hat er eine Garantie bekommen, daß die USA nicht mehr so etwas unternehmen würden wie wenige Monate vor dem Berlin-Ereignis in der Schweinebucht, als dort nämlich eine Landung von Exilkubanern stattfand, unterstützt durch die CIA. Daß das alles künftig nicht mehr stattfinden sollte, wurde ihm garantiert.

Wenn man das bedenkt und überlegt, was der Westen in Berlin – außer den drei Essentials für West-Berlin – hätte geben können, muß man sich natürlich fragen, was der Westen in diesem System von Geben und Nehmen unter dem nuklearen Patt hätte weggeben können. Dazu müßte man wohl die amerikanischen Dokumente studieren, soweit sie freigegeben sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Müller, bitte!

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe zu einem ganz anderen Thema eine Frage an Herrn Professor Weber.

Herr Professor Weber, Sie haben in Ihrem Referat davon gesprochen, daß es nach dem Krieg – 1947, 1948 – an der Parteihochschule eine gewisse Liberalität in dem Sinne gegeben habe, daß man alle möglichen

Zeitungen auch westlicher Herkunft habe lesen können, was eigentlich all dem widersprochen hat, was die anderen Referenten anschließend für die spätere Zeit gesagt haben.

Das System, wie sich die Partei darstellte, hat es ja schon vor 1945 gegeben, vor allem in der Emigration in der Sowjetunion, denken Sie nur an die Säuberungen. Da war es ja ganz klar, wie es hier abgelaufen ist.

Meine Frage ist nun: War das 1947, 1948 nur eine kurzfristige taktische Variante, oder war man gezwungen – auch durch den Zwangsvereinigungsprozeß mit der SPD –, für eine gewisse Zeit das strikte Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufzugeben, um dann später um so härter zuzuschlagen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe noch zehn Wortmeldungen. Herr Dr. Mitter und dann Hans Modrow!

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Bemerkungen betreffen die Referate von Herrn Schenk und von Herrn Seiffert.

Herr Schenk, ich finde, Sie haben für uns sehr intensiv und sehr prägnant die Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich und die gegenseitige Beeinflussung – gerade auch im Blick auf das, was von sowjetischer Seite erfolgte – dargestellt. Ich glaube aber, daß sich gerade das, was die politischen Strukturen betrifft – und überhaupt den ganzen Bereich Sicherheitspolitik –, in den fünfziger Jahren doch an einigen Stellen wesentlich gewandelt hat. Insbesondere nach dem 17. Juni hat eine völlige Reorganisation des Sicherheitsapparates – überhaupt des Macht- und Disziplinierungsapparates – stattgefunden, der nicht mehr nach sowjetischem Vorbild organisiert werden konnte, da die inneren Gegebenheiten in der DDR auch nicht deckungsgleich waren mit den Gegebenheiten in der UdSSR.

Beispielsweise gab es keine Blockparteien in der UdSSR, die evangelische Kirche hatte eine viel, viel höhere Bedeutung in der DDR als die Kirche in der Sowjetunion – um nur einige Beispiele zu nennen.

Zum anderen stellt sich da für mich auch die Frage, ob sich der sowjetische Einfluß auf die Politik der DDR-Regierung nicht doch auch in den fünfziger Jahren gewandelt hat. Wenn man gerade die Phase 1952, 1953, 1954 bis zum IV. Parteitag der SED untersucht, so ist doch klar feststellbar, daß an vielen Stellen die Sowjetische Militäradministration viele Funktionen der DDR-Führung überträgt, und zwar eindeutig auch aus der Erfahrung heraus, daß der 17. Juni beziehungsweise die Demonstrationen im Juni und die Aktionen im Juni/Juli 1953 für alle überraschend kamen, letztlich auch deshalb, weil der Sicherheitsapparat nach sowjetischem Vorbild in der DDR eben nicht funktioniert hat. Das hieß, man hat größere Befugnisse beispielsweise auch im Justizwesen – ich könnte noch weitere Bereiche nennen – auf die DDR-Behörden übertragen.